

Bezugspreis: Vierteljährlich 60 — M., monatlich 20 — M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 29. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutschnationales Misstrauensvotum.

Die deutsch-nationale Fraktion des Reichstags hat zur Debatte über die Reparationsnote folgendes Misstrauensvotum eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag billigt das Unannehmbar des Reichskanzlers gegenüber dem von der Reparationskommission ...

Angesichts der jetzt vor aller Welt als verfehlt und verhängnisvoll erachteten Politik des Reichskanzlers, wie sie zuletzt in der Note an die Reparationskommission vom 28. Januar zum Ausdruck kam, ...

Am Vorabend der Konferenz von Genua wird dieser Misstrauensantrag gegen die Regierung Wirth-Bauer-Nathenau, mag er auch subjektiv dem niedrigsten parteipolitischen Agitationsbedürfnis der Deutschmonarchisten entsprechen, ...

Die Aufnahme der Kanzlerrede.

Die heutige Berliner Morgenpresse beschäftigt sich in ausführlichen Kommentaren mit der Rede des Reichskanzlers, die bei den Parteien der Koalition allgemeine Zustimmung findet. ...

Man kann also diesmal, wenn man nach der Haltung der Presse urteilen darf, damit rechnen, daß der Reichstag von der Volkspartei bis zu den Unabhängigen in seiner Stellungnahme zur Regierungserklärung im wesentlichen einig ist, ...

Anders klingt es von ganz rechts und von ganz links. Da berühren sich wieder einmal die Extreme, und es herrscht nationalboltschewistische Stimmung. Die "Rote Fahne" spottet über die "Ablehnungskomödie". Sie tobt:

Es wird weitergemuschelt, ohne die Spur eines Gedankens, ohne den leisesten Schimmer wirklicher Energie. Man wartet auf das nächste Wunder, auf die nächste Seifenblase. ...

Ganz wie der "Rote Fahne" ist auch der deutsch-nationale Presse Wirths Ablehnung der unmöglichen an uns gestellten Forderungen nicht energisch genug. Die "Kreuzzeitung" höhnt über den Glauben Wirths, daß er mit seinen Argumenten auf die Reparationskommission Eindruck machen könnte. ...

Die ganze zweite Hälfte der Rede fließt voll Zugeständnissen, die der Feindnote gemacht werden: Zugeständnisse in der Sparpolitik, in den Maßregeln gegen die Kapitalflucht — hier wird die Mitwirkung des Auslandes ausdrücklich aufgerufen! ...

Es ist das alte Bild. Die Radikalisten von rechts stürmen an gegen Republik und Völkerverständigung. Und die Radikalisten von links sind die getreuen Sekundanten.

Der Eindruck in England.

London, 29. März. (W.B.) Die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth im Reichstag zur Reparationsnote wird von den Blättern in ausführlicher Fassung veröffentlicht, bisher nimmt jedoch nur ein Teil der Blätter dazu Stellung.

"Westminster Gazette" schreibt, die Antwort Wirths, daß die Erfüllung der Forderung nach 60 Milliarden neuer Steuern unmöglich und daß die Kontrolle der deutschen Finanzen mit der Ehre der deutschen Nation unvereinbar sei, sei unvermeidlich gewesen. Deutschland sei nicht in der Lage, die ihm gestellten Forderungen voll zu erfüllen. ...

"Daily Herald" schreibt, die Rede des deutschen Reichskanzlers stelle die Alliierten am Vorabend von Genua einer neuen Reparationskrise gegenüber. Für die sich wiederholenden Krisen gebe es keinen anderen Ausweg als die Revision der Friedensverträge.

Frankreich, England und Genua.

Zwischen dem englischen Außenminister Curzon und Poincaré haben, wie jetzt bekannt wird, in Paris Beratungen über das Programm von Genua stattgefunden. ...

Die Londoner Sachverständigenkonferenz hat ihre Arbeiten erledigt. Die Beschlüsse der Konferenz sind in einer Denkschrift niedergelegt worden und werden an die Teilnehmerstaaten verteilt.

In der englischen Regierung ist man zu einer einheitlichen Auffassung über die Haltung Englands in Genua gelangt. Lloyd George und Curzon sind dahin übereingekommen, die Sowjetregierung anzuerkennen, wenn sie gewisse Vorbedingungen erfüllen könne. ...

Neben den englischen Kolonien haben nunmehr auch Japan, Griechenland und Portugal ihre Delegierten für Genua bestimmt.

Was Lloyd George erwartet.

Mailand, 29. März. (E.P.) Der italienische Minister des Auswärtigen, Schanzer, hat dem Londoner Vertreter des "Corriere della Sera" in einer Unterredung erklärt: "Wir haben natürlich von Genua gesprochen, ohne aber auf Einzelheiten einzugehen. ...

Schüsse im Konzertsaal.

Das Monarchistenattentat auf Miljukow. — Ausgangspunkt: München!

Unser russischer Mitarbeiter, der gestern Zeuge der blutigen Vorgänge in der Philharmonie war, schreibt uns:

Die von der Sowjetregierung geäußerten Befürchtungen um die persönliche Sicherheit ihrer Delegation für Genua scheinen nach den gestrigen tragischen Ereignissen in der Berliner Philharmonie nicht unbegründet zu sein. Eine Gruppe junger Leute hat ein Attentat auf den Führer der russischen liberalen Partei Pawel Nikolajewitsch Miljukow begangen, ...

Miljukow war Führer der Kadettenpartei (Konstitutionell-Demokratische Partei Rußlands) in der Duma. Während der Kriegszeit, als die russische Armee starke Rückschläge zu erleiden hatte und das Land wirtschaftlich immer tiefer in den Abgrund geriet, hielt er in der Duma scharfe anklagende Reden, die die Unfähigkeit der Zarenregierung und der Hofkamarilla enthüllten. ...

Miljukow, der 63 Jahre alt ist, ist von Hause aus Professor der Geschichte. Hervorragender Gelehrter und Soziologe schuf er Werke, die in der Wissenschaft bleibenden Wert haben. ...

In der ersten Provisorischen Regierung war Miljukow Minister des Auswärtigen und er setzte sich mit aller Kraft für die Fortsetzung des Krieges an der Seite der Entente ein. Das war der Grund, weshalb die erste Provisorische Regierung des Fürsten Lwow im Mai 1917 gestürzt wurde und der Regierung Kerenski Platz machen mußte. ...

In der Emigration kam Miljukow nach und nach zu der Ueberzeugung, daß die Politik der Intervention nur Unglück für Rußland bedeutet. Er stellte sich auf den Boden der Entwicklung der Demokratie und er verfiel jetzt mit großer Schärfe den Standpunkt, daß jede Einmischung von außen in die russischen Angelegenheiten nur schädlich ist.

In seinem gestrigen Vortrage in der Philharmonie schilderte Miljukow seine Eindrücke aus seiner kürzlich nach Amerika unternommenen Reise. Er gab an, daß während die Ententemächte auf dem Standpunkte der Ausbeutung Rußlands stehen, die demokratischen Schichten der Vereinigten Staaten den Standpunkt der freien selbständigen Aufrechterhaltung Rußlands einnehmen. ...

zent an der Schule für Rechtskunde, die nur Söhne des Adels, die für den diplomatischen Dienst vorbereitet wurden, zugänglich war. Schon früh machte er sich bei Hofe wegen seiner liberalen Ansichten unbeliebt. Er wurde daher bald seiner Stellung als „Kammerjunker Seiner Majestät“ enthoben. Die daraufhin in einer Petersburger Zeitung erschienene Anzeige: „Eine Hofuniform wird verkauft, da keine Verwendung vorliegt“, erregte allgemeines Aufsehen. Er wurde Herausgeber der Wochenschrift „Pravo“ („Das Recht“), die nicht nur als Fachorgan, sondern als Organ der öffentlichen Meinung der liberalen Kreise Russlands großes Ansehen und den besten Ruf genoss. In die erste Duma wurde er als Abgeordneter von Petersburg entsandt. Er war dort Mitglied der Kadettenpartei. Nach Eröffnung der Duma bei der von ihm gehaltenen programmatischen Rede fielen aus seinem Munde die Worte: „Die Exekutivgewalt hat sich der gesetzgebenden Gewalt zu fügen“, die zum geflügelten Worte und für die Tätigkeit der ersten Duma programmatisch wurden. Nach Ausbruch der Februar-März-Revolution 1917 wurde er Chef der Staatskanzlei des Kabinetts Uwow-Miljukow-Kerenski. Später war er Minister der Armiregierung.

In der Emigration vertrat Rabokoff die Ansichten des rechten Flügels der Kadettenpartei, die besonders dadurch zu kennzeichnen sind, daß sie in der Wrangel-Armee die Vertorperung der russischen Sache erblickten. Rabokoff begründete in Gemeinschaft mit gemäßigteren monarchistischen Kreisen den Nationalen Verband. Er war Mitherausgeber der hiesigen Zeitung „Rus“.

Rabokoff hat gestern durch sein Eintreten vielleicht seinem politischen Gegner Miljukow das Leben gerettet und wurde auf diese Weise ein Opfer des tragischen Zufalls. Wie gegensätzlich die politischen Ansichten, die uns von Rabokoff trennen, auch sein mögen, das eine müssen wir konstatieren: Rabokoff war ein edler Charakter. Ein feingebildeter, ausgezeichneter Mann ist durch die Mordtat dahingerafft. Auch der politische Gegner kann Wladimir Dimitriewitsch Rabokoff seine Achtung nicht versagen. Rußland, das wahrlich an für seinen Wiederaufbau geeigneten Menschen nicht überreich ist, hätte Rabokoff noch gut brauchen können.

Nachschrift der Redaktion. Die Schüsse im Konzertsaal, die gestern nacht hier in Berlin von Russen auf Russen abgegeben wurden, haben in der Berliner Bevölkerung ein starkes Echo geweckt. Das Gefühl der Empörung über die Mordtat ist allgemein. Zur selbstverständlichen Beurteilung dieses politischen Attentats, das kennzeichnenderweise wieder einmal von reaktionärer Seite ausgegangen ist, gefüllt sich der Protest dagegen, daß Ausländer, die in Deutschland bereitwillige Gastfreundschaft genießen, diese dazu benützen, um ihre inneren Händel mit der Waffe in der Hand auszuführen.

Die Urheber des schändlichen Mordes sind, wie gesagt, Reaktionäre. Es waren zwei Zarenleutnants, die sich verschworen hatten, an dem Mann, den sie für den Hauptschuldigen des russischen „Dolchstoßes von hinten“ hielten, blutige Rache zu nehmen. Ihr Geist ist der Geist der v. Hirschfeld, der Schulz, der Tlesien, der ganzen international-reaktionären Mordkompanie, die in Europa östlich des Rheins ihr Unwesen treibt.

Es wirkt wie ein Symbol, daß auch diese reaktionären Mordgesellen vom Münchener Nest zu ihrer Tat ausgeflogen sind. Gewiß kann bei der Gastfreundschaft, die Ausländern gewährt wird, kein Unterschied zwischen den politischen Einstellungen der Gäste gemacht werden. Aber ein Zufall ist es doch gewiß auch nicht, daß München zum Sammelbecken aller Ultras der deutschen, russischen und ungarischen Reaktion geworden ist.

München ist nun einmal der Ort, an dem sich die reaktionären Verschwörer und Attentäter am wohlsten und sichersten fühlen. Es wäre dringend notwendig, daß man in Bayern und in München selbst den Gründen dieser ebenso auffälligen wie unbestreitbaren Erscheinung eindringlichst nachforschte.

Wie die Tat geschah.

Ueber den Anschlag, seine Folgen, die Festnahme der Attentäter und ihre Vernehmungen erhalten wir noch folgenden ergänzenden Bericht

Die Herausgeber der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Rus“ hatten zu gestern abend im großen Saal der Philharmonie eine Versammlung einberufen, in der der Begründer der russischen Kadettenpartei und spätere Minister des Äußeren unter Kerenski, Miljukow, einen Vortrag über seine Erlebnisse und Eindrücke in Amerika geben wollte. Miljukow war eben erst aus Amerika zurückgekehrt, wo er an der Konferenz in Washington teilgenommen hatte. Als der Vortragende etwas verspätet auf der Rednertribüne erschien, waren über 1500 Personen anwesend, so daß der große Saal ziemlich gefüllt war. Kurz nach 10 Uhr hatte Miljukow seine Rede beendet. Es sollte eine kurze Pause eintreten, um nach dieser zu einer gemeinsamen Aussprache zu schreiten. Als Miljukow noch auf der Bühne stand und mehrere Personen an ihn herantreten waren, um ihm für seine Ausführungen zu danken, trachten plötzlich aus dem Saale heraus

hintereinander mehrere Schüsse.

Sie waren auf die Bühne gerichtet und galten Miljukow. Die Augen verfielen zwar ihr Ziel, richteten jedoch anderes großes Unheil an. Fünf Personen wurden getroffen, davon eine so schwer, daß sie auf der Bühne tot zusammenbrach. Es war dies der Chefredakteur der russischen Zeitung „Rus“, der Senator Wladimir von Rabokoff. Der, wie eine spätere ärztliche Untersuchung ergab, ins Herz getroffene Mann fiel die Bühnenstufen hinab in den Saal vor die Füße seiner ebenfalls anwesenden Gattin. Verletzt wurden ferner durch einen Knieschuß die 36 Jahre alte Frau Lena Portogis aus der Suarezstr. 3, durch einen Armschuß ein Dr. Baraldia, durch einen Knöchelschuß ein Dr. Reichel, durch einen Fußschuß ein Fräulein Ely Gofchen und ferner ebenfalls durch einen Schuß in das Knie eine noch unbekannt russische Dame. Miljukow, dem der Anschlag galt, blieb unverletzt.

Die Schüsse und ihre unheilvollen Folgen riefen eine ungeheure Panik hervor.

Sie waren von einem Manne von seinem Sitzplatz in einer der vorderen Reihen des Saales aus abgegeben worden. Ein Teil des Publikums stürzte sich auf ihn und seine Begleiter, während ein anderer panikartig die Flucht ergriff und die Ausgänge stürmte. Im Saale herrschte ein ungeheures Durcheinander. Der Revolverbeschüsse und seine Begleiter wurden vom Publikum mit Unterführung von Banden der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums, die sich zur Ueberwachung der Versammlung im Saale befanden, dingfest gemacht. Hierbei wurde einem Beamten, dem Polizeibetriebsassistenten Friedl, der Arm ausgelugelt. Frauen fielen in Schrei- und Weinträmpfe, Tische und Stühle wurden umgeworfen und Kleidungsstücke zerissen und zertrümmert. Die sofort vorgenommene Absperrung wurde vom Publikum durchbrochen. Bald darauf erschienen die zu Hilfe gerufenen Banden der Schutz- und Kriminalpolizei. Von der Abteilung Ia waren deren Chef, Oberregierungsrat Dr. Weiß, Kriminalkommissar Fuchs und Polizeirat Ossig alsbald zur Stelle, ebenso herbeigerufene Ärzte für die Verwundeten.

Die Täter waren unterdessen in einen Nebenraum gebracht worden, wo sie von Oberregierungsrat Dr. Weiß sogleich festgesetzt und mit Hilfe russisch sprechender Beamten verhört wurden. Der Schütze, der Haupttäter, ist ein am 5. Mai 1893 zu Teret in Rußland gebürtiger früherer Leutnant Peter Schabelski-Bork, sein Begleiter, ein Freund von ihm, der am 2. August 1895 zu Petersburg geborene Sergius Laboriski, der ebenfalls unter der Zarenregierung Leutnant war. Der dritte Verhaftete ist ein Student, der sich studienhalber in Berlin aufhält und nach den bisherigen Feststellungen mit dem Anschläge nichts zu tun hat. Die beiden ehemaligen Offiziere geben zu, daß sie

eigens aus München hierhergekommen

waren, um Miljukow, ihren politischen Feind, zu erschließen. Bedeutende Augen erzählt der Haupttäter Schabelski-Bork, daß er schon lange beschloßen hätte, sich an Miljukow, dem Verfolger und Schmäher der russischen Zarin, unter dem sie auch persönlich schwer gelitten hätten, zu rächen. Beide gehören, wie sie sagen, der

garistischen Partei an und ernährten sich, nachdem sie aus Rußland mittellos entflohen seien, in München schlecht und recht durch Seherarbeiten und dergleichen. Am Sonntag sagt Schabelski, sei er mit seinem Freunde Laboriski, der sich seit ihrer gemeinsamen Flucht aus Rußland nie von ihm getrennt habe, nach Berlin gekommen und hier im Münchener Hof mit ihm abgestiegen. Mit zwei geladenen Pistolen ausgerüstet habe er die Verarmung gesucht und sich gefreut, daß endlich der Tag und die Stunde gekommen sei, an der er Rache an Miljukow nehmen könne. Daß er statt dessen den Senator Rabokoff, den er persönlich gar nicht kenne, getötet habe und auch noch andere Personen verletzt habe, bedauere er sehr. Die Schüsse will er ganz allein abgefeuert haben. Alle drei Personen wurden sodann nach dem Polizeipräsidium gebracht und von dort sogleich Vernehmungen zur weiteren Aufklärung des politischen Attentats getroffen.

Der getötete Senator von Rabokoff, der Chefredakteur der Zeitung „Rus“, wohnte mit seiner Frau und fünf Kindern in der Sächsischen Str. 67. Seine Leiche wurde beschlagnahmt.

Der Haupttäter, der Leutnant Schabelski-Bork, wurde heute vormittag nochmals vernommen. Wie gestern schildert er ausführlich, daß er den früheren Minister Miljukow schon seit Jahren verfolgte. Er habe sich auch wiederholt brieflich mit ihm in Verbindung gesetzt und von ihm verlangt, daß er ihm Papiere der Zarin, die, wie er wisse, Miljukow besitze, ausliefern. Auf alle seine Schreiben habe Miljukow ihm jedoch nicht geantwortet. Seine Absicht, ihm nach Amerika zu folgen, habe er wegen Geldmangels nicht durchführen können. Als er nun in der Zeitung „Rus“ gelesen habe, daß Miljukow auf seiner Rückreise nach Berlin komme, um hier seinen Vortrag zu halten, war er sich sofort schlußig, daß das die Gelegenheit sei, an dem politischen Feinde blutige Rache zu nehmen und ihn ungeschädlich zu machen.

Schabelski erfuhr erst bei der Vernehmung, daß er Miljukow gar nicht getroffen hatte, sondern daß Rabokoff Opfer seines Mordanschlags geworden war.

Die Erzählung eines Verletzten.

Der beim Mord in der Philharmonie gleichfalls verletzte Dr. Reichel, ein in Berlin lebender Russe, gibt einer hiesigen Lokalkorrespondenz eine ausführliche Schilderung des Vorganges, der mir folgendes entnehmen:

In dem Augenblick, als Miljukow das Podium verlassen wollte, sprang ein junger Mann mit langen dunklen Haaren in schwarzem Anzug auf, zog aus der Brusttasche einen Revolver und rief: „Das ist die Rache für die Ermordung des Zaren, die Sie miterschuldigt haben!“ Ein Schuß traf ihn, ohne zu treffen, und Miljukow warf sich der Länge nach zu Boden. Da der Attentäter einige Plätze von mir entfernt saß, warf ich mich auf ihn und suchte ihm die Waffe zu entreißen. Der junge Mensch feuerte jedoch noch einmal und traf mich in den rechten Fuß, so daß ich ihn loslassen mußte. Glücklicherweise packten jedoch einige geflüchtete Herren den Unbekannten und entwandten ihm den Revolver. Der Vorgang hatte nur wenige Sekunden gedauert und als wir glaubten, daß alles vorüber sei, erhob sich ein in der ersten Reihe stehender Mann mit glattrasiertem Gesicht und Kopf und zog ebenfalls eine Waffe. Prof. Rabokow, der offenbar geglaubt hatte, daß Miljukow verletzt sei, stellte sich vor seinen Freund und wollte wahrheitsförmlich den Anwesenden etwas zurufen. In diesem Augenblick

schuß der zweite Attentäter

und traf Rabokow von vorn in die Brust. Rabokow drehte sich einmal um sich selbst und mit den Worten: „Du mußt sterben, Schurke“ feuerte der Fremde noch einmal auf Rabokow und traf ihn in den Rücken. Der Betroffene sank ohne einen Laut zusammen. Inzwischen hatte sich der Anwesende eine schwebende Panik bemächtigt. Der zweite Schütze benutzte die Verwirrung, sprang auf das Rednerpult und rief in den Saal: „Ihr habt die Monarchie vernichtet, jetzt kommt unsere Rache!“ Mit diesen Worten feuerte er nacheinander alle Schüsse aus seinem Revolver ab, die mehrere Personen trafen. Offenbar waren Polizeibeamte in der Versammlung, denn plötzlich sprang ein Mann auf den Körper zu und es entspann sich ein heftiger Ringkampf. Der Beamte fiel zu Boden und der Unbekannte wollte fliehen, aber er wurde von mehreren anderen gepackt und gefesselt.

Der Reiche.

Eine Legende von Clara Hepner.

Es war einmal ein Mann, der hatte sein Leben lang gepart und gegirt, bis er ein ungeheures Vermögen zusammengebracht hatte. Alle hatte er für einen Bettler oder ein Liebeswerk der Barmherzigkeit etwas übrig gehabt, und wenn man ihn darum anging, pflegte er zu sagen: „Ich muß das Meinige zusammenhalten, Geld ist alles!“

Als nun seine letzte Stunde gekommen war, rief er seine Söhne, nahm Abschied von ihnen und sprach: „Wenn Ihr mich einseht, so gebt mir einen Beutel mit Goldstücken mit, wer weiß, ob ich sie nicht im Versteck ebenfalls zusammenhalten werde, wie hier.“

In derselben Nacht verschied er, und die Kinder ehrten den letzten Wunsch des Vaters und gaben ihm einen vollen Beutel Goldes mit in die Gruft.

Nach kurzer Todesfahrt erwachte der Reiche mitten in der Herrlichkeit der himmlischen Gefilde und wandelte, unbeachtet von den himmlischen Hierepharen, froh und heunend umher. Da sah er auf einer Tafel wohlgeordnet köstliche Früchte liegen, Trauben, Feigen, Bananen, Kessel, duftend und in Farben prangend, wie sie nur das Paradies hervorbringen konnte.

Freudig trat er hinzu und fragte den Engel, der sie hütete: „Was kostet dieser Apfel?“ — „Einen Pfennig“, sagte der Engel ernst. — „Billig!“ dachte der Reiche. — „Und diese Traube?“ — „Auch einen Pfennig.“ — Der Reiche lachte: „Hi, so kaufe ich den ganzen Vorrat.“ — Gelassen erwiderte der himmlische: „So zahle!“ — „Mit Vergnügen!“ sagte der Reiche, schlug auf seinen Beutel, daß es klirrte, und zog ein Goldstück heraus. Der himmlische nahm es, betrachtete es von allen Seiten und gab es dem Reichen zurück. „Diese Münze hat hier keine Gültigkeit.“

Da war der Reiche sehr getränkt und betrübt und erschien im Traum seinen Söhnen. „Nehmt das Gold zurück“, sagte er, „lächerlicherweise gibt das Himmel nicht, aber legt mir einen Sack voll Pfennigen aus das Grab, damit kann ich hier kaufen, was ich mag.“

Bestürzt eilten die Söhne am frühen Morgen zur Gruft des Vaters und toten, wie er gebeten.

Triumphierend begab sich der Reiche sogleich wieder zu den Früchten und rief: „So, hier sind Pfennige, soviel Du magst, nun gib mir rasch, denn ich bin hungrig!“

Der Engel aber schüttelte ernst das Haupt:

„Wir rechnen nicht die Pfennige, die Du in der Hand hältst, sondern nur die, die Du in bittende Hände gelegt hast! Bestimme Dich, vielleicht hast Du einmal in Deinem langen Leben eine Gabe gerecht, einen Bedürftigen unterstützt, einem Armen geholfen?“ —

„Gesunkenes Hauptes stand der Reiche — — nein — — nie, nie hatte er das getan.“ —

Da rollte ein Donner über ihn hin und legte ihn hinaus ins hoffnungslose Nichts.

„Jar Rep“. Das Moskau von heute macht einen vollkommen veränderten Eindruck gegenüber dem kommunistischen Moskau vor wenigen Monaten. An Stelle der vernagelten Fenster und der halb-leeren Sowjetläden sind wieder Auslagen getreten, die einen Ueberflus an Dingen darbieten, und die Todesstille wird von neuem Leben abgelöst. Moskau ist nun unter der Herrschaft des „Jar Rep“, dies ist der volkstümliche Name für R. E. P., d. h. Rosaja Ekonomitscheskaja Politika, die „Neue Wirtschaftspolitik“, die plötzlich dem durch den Kommunismus ausgezeherten Körper der Stadt das Fieber eines ungesunden Kapitalismus eingeimpft hat. Dies neue Moskau schildert der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“, Arthur Ransome, der jetzt längere Zeit in Rußland gewohnt hat. „Unter Jar Rep ist alles erlaubt“ — das ist eine Phrase, die man immer wieder im Gespräch hören kann.“

Schreibt er: „Unter dieser Herrschaft ist ein neues Moskau entstanden, eine Ungeheuerlichkeit, die aber im völligen Gegensatz zu dem alten Moskau der kommunistischen Versuche steht. Geschlossene Läden findet man verhältnismäßig selten. Cigarettenvertriebsstellen sind mit Schokoladen und Kuchen voll angefüllt; es gibt Mengen von eleganten Schuhen und kostbaren Damenhüten. In den Fenstern der Läden prangen Mitteilungen: „Keine Karten mehr notwendig, freier Verkauf an alle Bürger“, d. h. natürlich nur an solche Bürger, die die nötigen Millionen in der Tasche haben. Die Cafés sind überall wieder geöffnet; Musikkapellen spielen darin, und auch die altgewohnten Zigeunerinnen mit ihren bunten Kleidern und unangenehmen Stimmen sind wieder erschienen. In den Blumenläden findet man die herrlichsten Buketts in kostbar vergilbten Körben. Durch die Straßen werden Fahnen getragen, die eine große Lotterie ankündigen mit Preisen im Werte von 4 Milliarden. Bezeichnend für die neue Zeit ist die unmeßbare Zahl von Angeboten zur Erteilung von Stunden in Musik, Tanz und Schauspielkunst. Auch die Geschäfte mit Spielzeug und Bauernkunst sind wieder geöffnet, und man kann schon für 20000 Rubel einen geschmiedeten kleinen Holzsoldaten der roten Armee erwerben. Die Läden sind voll, und wenn auch manche allerlei Gerümpel enthalten, so herrscht doch in den Rohwarengeschäften kein Mangel. Man sieht hier orakle Köpfe mit Kaviar, ganze Säure, angedrehte Käse, sogar Apfelsinen, die wohl von den Diplomaten einer kleinen Nation einverschmuggelt werden. In früheren Zeiten hatten die Läden nur hölzernen Käse in der Auslage, jetzt sind die Käse echt, und der Grund, warum dies der Fall ist, bringt uns in den Mittelpunkt eines der Hauptprobleme, auf dem Jar Rep beruht. Geld verliert in Moskau jede Stunde an Wert. Infolgedessen legt der kleine Händler in dem Augenblick, wo er Geld bekommt, es sogleich wieder an; morgen würde er weniger dafür bekommen. Also heißt es keinen Augenblick verlieren; er rennt mit den Papierwischen fort und kauft irgendetwas. Ein Barometer für den Wohlstand der Bourgeoisie ist immer die Zahl der Droschkeln; diese sind jetzt in großen Mengen vorhanden, während man noch vor kurzem Mühe hatte, einen Wagen zu finden. Ein Droschkenführer erzählt Ransome, daß er 800000 Rubel am Tag verdienen müsse, um zu leben, und wenn es eine Million sei, so sei er zufrieden. „Die Preise sind ja jetzt wahnwitzig“, sagte dieser Wirt. „Aber mir macht das wenig aus. Wenn die Preise in Millionen sind, dann ist mein Jahrgeld auch in Millionen. Und wenn Sie heute drei

Rubel für die Fahrt zahlen statt zwei, so wird es Ihnen auch nicht viel machen“. Gemeint waren natürlich 200000 und 300000 Rubel, aber die 100000 verdrückt heute der Moskauer. „Sowjetrubel sind Märchengeld“, schreibt Ransome weiter. „Leicht kann man finden, daß sie sich in der Hand in totes Laub verwandelt haben. Beim Einwechseln von englischem Geld in Rubel erhielt ich verschiedene halbmillionen Noten, auf denen nicht 500000 Rubel gedruckt waren, sondern 50, mit der kleinen Bemerkung auf der Rückseite, daß jeder Rubel der Ausgabe von 1922 das zehntausendfache des früheren Wertes habe. Eine andere Methode ist das Rechnen in Goldrubeln. Die Regierung setzt tagtäglich einen Wechselkurs fest, der auf den möglichen Goldrubel bezogen ist. Dieser offizielle Kurs steigt ständig, aber er hält doch niemals Schritt mit der eigentlichen Geldentwertung. Als ich nach Moskau kam, erhielt ich für ein englisches Pfund 2 1/2 Millionen Rubel und als ich abfuhr, bekam ich für ein Pfund 3900000 Rubel. Jetzt wird man gewiß schon 4 Millionen Rubel bekommen, und das alles macht „Jar Rep“.“

Der Siegeszug des Autos. Die schweizerische Postverwaltung hat für 31 Postfahrten, die seit einiger Zeit mit Postautomobilen betrieben werden, auf Grund der bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse eingehende Berechnungen angestellt, um einen Vergleich zwischen Pferde- und Autobetrieb ziehen zu können. Das neue Verkehrsmittel leistet nach dieser Berechnung rund fünfmal mehr als das alte, und seine Rentabilität ist um rund 50 Prozent günstiger. Außerdem ist die Erhöhung des Beförderungsvermögens und der Zeitgewinn für den einzelnen Reisenden beträchtlich. Auch bei den Alpenfahrten der eidgenössischen Postverwaltung, die 1921 mit großem Erfolg eingeführt worden sind und in die dieses Jahr der Klausen und der Gotthard einbezogen werden sollen, waren die finanziellen Ergebnisse sehr befriedigend; an die Stelle der früheren nicht unbeträchtlichen Ausfälle ist ein freilich noch bescheidener Einnaheüberschuss getreten. Die „Verkehrstechnik“, die diese Nachricht bringt, meldet in diesem Zusammenhang noch von anderen Fortschritten in der Entwicklung des Automobilsverkehrs. So hat sich jetzt die Londoner Feuerwehr bei ihren sämtlichen Feuersprüh- und Gerätwagen für den Krantrieb entschieden. Auch das letzte Dugend Pferde ist durch Rotore ersetzt worden.

Die parlamen Konferenzteilnehmer. Der Brüsseler „Peuple“ gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die bevorstehende Konferenz in Genoa Italien weniger kosten wird, als die Konferenz in Spa im Juli 1920 Belgien gekostet hat. Diese Kosten betragen nach dem Brüsseler Blatt insgesamt 30000 Pfund Sterling; die Hotelrechnung der britischen Delegation verzeichnete allein den Betrag von 6000 Pfund. Ein Beschäftigt in Brüssel lieferte für 4000 Pfund Deftateisen, einschließlich Wein im Werte von 800 Pfund und von 200 Pfund für Posten. Die Sparankheit trat nur in einem Punkt in die Erscheinung. Es war nämlich erlaubt, für Bettien, die nicht benutzt wurden, je 8 Schilling von der Rechnung abzuziehen; von dieser Befugnis wurde reichlich Gebrauch gemacht.

Das neue Volkstheater erhielt von der Regierung des Deutschen Theaters in Prag die Einladung zu einem Ensemble-Gastspiel mit Tag und Nacht, „Fischer“.

Der „Freiheit“-Konflikt.

Dittmann gegen Hilferding.

Zu dem Rücktritt der „Freiheit“-Redaktion schreiben wir gestern, daß eine zentrale Gruppe in der USP wohl zu vermitteln suche, daß aber wenig Aussicht auf Erfolg der Vermittlung bestände. Diese Auffassung wird bestätigt durch eine Erklärung, die Wilhelm Dittmann, der Führer der zentralen Gruppe, in der „Freiheit“ veröffentlicht. Dittmanns Ausführungen erhalten eine besondere Note dadurch, daß sie nicht auf die „Freiheit“-Redaktion als Ganzes, sondern auf den Chefredakteur Hilferding persönlich zugespielt sind. Der Standpunkt des Agitators und Propagandisten kommt dabei sehr deutlich zum Ausdruck. Vorweg möchten wir die Behauptungen Dittmanns zurückweisen, daß wir den „Freiheit“-Konflikt in hoshafter Weise behandelt hätten. Das Gegenteil ist der Fall.

Dittmann führt aus, daß er die „Freiheit“-Redaktion oft gegen Angriffe in Schutz genommen hätte. Bedingungen los habe er das allerdings niemals tun können, denn Hilferdings Artikel seien zu sehr durch wissenschaftliche Beobachtungen verankert gewesen, er sei zu sehr Theoretiker und habe nicht genügend den Charakter eines Kampforgans gewahrt. Seit der Sitzung vom 24. März aber sei es ihm, Dittmann, „absolut unmöglich, nur noch ein einziges Wort zur Vermittlung zu sagen“. Schuld daran sei Hilferdings Rede, die Dittmann folgendermaßen charakterisiert:

„In dieser Rede zeigte sich, daß Hilferding einem hoffnungslosen Pessimismus in allen wichtigen Fragen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung verfallen ist. Sein absoluter Pessimismus verleitet ihn zu schamlos einseitig-ungerechten Urteilen über das deutsche Proletariat und die Arbeiterbewegung der übrigen Länder. Er hielt den Gegensatz zwischen SPD. und USPD. für historisch und in der Gegenwart nicht mehr begründet und überschätzte, wie dieser Gegensatz durch das Vakuum der SPD. mit kapitalistischen Parteien täglich neue Nahrung erhält. Er sprach von der Notwendigkeit, statt Agitationspolitik eine Politik der Verankerung zu treiben, als wenn die USPD. durch ihre Außenpolitik und durch ihre Ablehnung des Moskauer Diktats nicht bewiesen hätte, wie sie beides zu vereinbaren versteht. Im Verlaufe von Hilferdings Rede wurde mir klar, daß ein Mann von einer so absoluten pessimistischen Grundstimmung unmöglich ein politisches Kampforgang — ganz gleich, welcher Partei — leiten kann.“

In einem Nachwort polemisiert die „Freiheit“-Redaktion gegen diese Ausführungen. Sie wirft Dittmann persönlich vor, daß er Stimmungsbilder aus einer für vertraulich erklärten Sitzung veröffentlichte, während er selbst damals den Antrag gestellt habe, daß nur offizielle Berichte veröffentlicht werden sollten. Im übrigen verschlebe Dittmann das Streitobjekt. Es ständen nicht die Stimmungen Hilferdings zur Debatte, sondern die Denkschrift der „Freiheit“-Redaktion, die gestern hier besprochen wurde. — Mit dieser Bemerkung hat die „Freiheit“-Redaktion zweifellos von ihrem Standpunkt Recht. Aber der Konflikt Dittmann-Hilferding hat doch mehr als persönliche Bedeutung. Er zeigt, wie der Theoretiker und Wissenschaftler Hilferding eine Politik preisgibt, die der Richts-Agitor Dittmann noch glaubt, einige Zeit treiben zu können. Ein Symptom, wie sehr die Politik der USP. bloße Agitationspolitik ist.

Graut ihnen?

Deutschnationale Verfassung monarchistischer Landesverbände.

Die „Deutsche Zeitung“ (extrem deutschnational) läßt sich aus München folgendes berichten:

Der bekannte ungarische Karlistenführer Robert Behar wurde tatsächlich in der letzten Woche hier in München gesehen, wo er in hiesigen separatistischen Kreisen viel verkehrte. Die auf die Losrennung Bayerns gerichtete separatistische Bewegung hat in der jüngsten Zeit überhaupt eine rege Tätigkeit entfaltet. Man wird gerade jetzt gut daran tun, ihr scharf auf die Finger zu zeigen, es scheinen da Wege nach Frankreich hinübergesponnen zu werden. Den Absichten Poincarés, die Mainlinie zu besetzen, wird in geradezu hochverräterischer Weise in die Hände gespielt.

Das deckt sich durchaus mit dem, worauf wir seit Wochen hingewiesen haben, nur hat die „Deutsche Zeitung“ vergessen hinzuzufügen, daß hinter diesem hochverräterischen Treiben die monarchistischen Kreise Bayerns stehen, die mit den ungarischen Reaktionen unter einer Decke stehen. Wir haben an dieser Stelle mehrfach den deutschnationalen Schriftsteller Abel zu Worte kommen lassen, der sich wegen dieser reichsfeindlichen und hochverräterischen Umtriebe von seinen bisherigen Freunden getrennt hat. Abel ist aber wegen seiner Enthaltungen von der deutschnationalen Presse in wüthendster Weise angegriffen und beschimpft worden. Jetzt gibt ein deutschnationales Blatt genau das selbe wieder. Beginnt den Deutschnationalen vor den Früchten ihrer Arbeit zu grauen?

Die Teuerungszuschläge.

Der Hauptausschuß des Reichstags beendete heute morgen die Beratung der Besoldungsfragen. Die Beschlüsse des Untersuchungsausschusses wurden mit der Änderung angenommen, daß die Teuerungszuschläge für die ersten 10.000 Mark nicht auf 70 und 35, sondern auf 60 und 30 Proz. entsprechend den Wünschen der Regierung festgesetzt wurden. Unsere Genossen stimmten dieser Änderung nur mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Materie zu, da noch heute oder morgen Reichsrat und Reichstag die neuen Besätze genehmigen sollen. Eine Vertagung hätte nur eine Verzögerung um circa 14 Tage bedeutet. Von unseren Genossen wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß durch die inzwischen so ungeheuer angewachsene Teuerungswelle der Ausgleich wiederum verhindert worden ist, so daß sich also in nicht allzu fernher Zeit eine neue Erhöhung nötig machen wird.

Regierungskrise in Braunschweig.

Braunschweig, 29. März. (M.B.) Der in den letzten Tagen des Landtagsabgeordneten Dertter gegen die Mitglieder des braunschweigischen Staatsministeriums mehrfach genannte Justizminister und Vorsitzende des Staatsministeriums August Junke, der mit den übrigen angegriffenen Ministern die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen sich beantragt hat, worüber in der heutigen Sitzung des Landtages verhandelt werden soll, hat laut neuesten Nachrichten in einem Schreiben an den 2. Landtagspräsidenten mitgeteilt, daß er von seinem Ministerposten zurücktrete.

Die LU. veröffentlicht das Schreiben, durch das Junke seinen Rücktritt anzeigt. Er motiviert diesen damit, daß keine Fraktion (die unabhängige) seine Unterredung mit dem Abgeordneten Dertter mißbilligt habe.

Reparationsdebatte in Frankreich.

Paris, 29. März. (M.B.) Der Senat setzte gestern nachmittag die Beratung des Budgets der von Deutschland zu ersetzenden Ausgaben fort. Als erster Redner sprach der Sozialist Jourment. Er warf die Frage auf, ob es wohl nötig sei, angesichts des Fehlbeitrags im Budget achthunderttausend Mann unter den Fahnen zu halten, und ob es nicht eine Gefahr für Frankreich sei, im Ausland als militärischer Staat bezeichnet zu werden. Er beschloß sich dann mit den französischen Steuererträgen. Um die Einnahmen aus der Einkommen- und der Erbschaftsteuer zu steigern, müßten die Inhaberpapiere besetzt werden. Nur dadurch würde man den Kapitalverschleppungen nach den Vereinigten Staaten und nach England ein Ende machen. Die Reparationskommission habe von Deutschland die Erhebung einer Abgabe vom Privatvermögen für Reparationszwecke verlangt, also betrachte sie eine derartige Politik nicht für undurchführbar. Die Lage, in der der französische Staat sich befinde, mache es ihm unmöglich, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wenn Deutschland nicht die Zahlungen an die Geschädigten und die Pensionsinhaber leiste. Als Mittel der Abhilfe empfiehlt Redner die Beschlüsse der letzten Internationalen Sozialistenkonferenz von Frankfurt.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte Senator Costenot, Deutschland wolle seine Wiederherstellung aus dem Bankrott des Reiches bewerkstelligen. Damit Deutschland seine Schuld bezahle, sei es nicht nötig, daß es viel Geld besitze, es genüge, wenn es materielle Reichtümer habe, die es zum Ausgleich der Forderungen geben könne. England habe daran gedacht, die deutsche Schuld durch eine von Deutschland ausgenommene Anleihe zu mobilisieren. Redner behauptet, Deutschland habe für tausendvierhundert Milliarden Kapital zersplittert. Es könne niemals alles reparieren, was es vernichtet habe.

Der ehemalige Finanzminister Francois Marfal sagte, der Versailler Friedensvertrag habe weder das Finanz-, noch das territoriale Problem gelöst. Er erklärte, er habe über das Abkommen von Spa Mitteilungen zu machen, die er aber nicht öffentlich machen könne. Da von verschiedenen Seiten die Anberaumung einer geheimen Sitzung verlangt wurde, verließ das Publikum die Tribüne und die Geheim Sitzung begann. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit setzte Senator Marfal seine Rede fort.

Enthaltungen im Senat.

Ueber die Geheimhaltung glaubt Agence Havas folgendes mitteilen zu können:

Francois Marfal erinnerte zunächst an das zwischen den Alliierten vorgesehene Verhältnis bezüglich der Verteilung der deutschen Kohle. In Anbetracht der Nichtleistung Deutschlands habe die französische Regierung die Möglichkeit einer Besetzung des Ruhrgebietes ins Auge gefaßt, die von den Alliierten ausgeführt werden sollte. Sie ließ zuerst auf die Gegnerschaft Englands, da Lloyd George drohte, jedes Bündnis abzubrechen und sofort das Unterhaus mit dem Konflikt zu beschäftigen. Am nächsten Tage habe Millerand erklärt, daß er seinen Standpunkt aufrechterhalte und daß unter diesen Umständen Frankreich sich gezwungen sehe, allein das Ruhrgebiet zu besetzen. Dieser Haltung gegenüber kündigte Lloyd George an, daß er die Besetzung mit Frankreich zusammen durchführen würde, aber er stelle sieben Bedingungen, deren hauptsächlichste die Bezahlung der Kohlen zum britischen Marktpreis war. Die französische Regierung bemerkte sodann, daß bei diesem Tarif der französische Verbraucher einen Teil der englischen Steuern zahlen würde auf Grund der Uebergewinnsteuer (excess profit), trotz deren 30 Proz. des vom englischen Handel erzielten Gewinns an den britischen Staatsschatz zurückfallen. Trotzdem hielt Lloyd George seinen Standpunkt aufrecht; dann schlug der italienische Delegierte in Spa Graf Sforza eine Einigungsformel vor, die darin bestand, die Mehrzahl des Preises der deutschen Kohle, die so an Frankreich geliefert würde, als einen an Deutschland gegebenen Vorschuß zu betrachten. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und diese Vorschüsse sind auf 300 Millionen angewachsen.

Die Erklärungen von Francois Marfal wurden, wie die Agence Havas bemerkt, sehr aufmerksam angehört, und der Senat billigte die Haltung, die die Regierung damals, durch die Umstände gezwungen, einnehmen mußte.

Der Ein-Mann-Wagen.

Wie erinnerlich, hat die Straßenbahn die Absicht, im Berliner Verkehr zur Erzielung einer höheren Wirtschaftlichkeit und einer besseren Bedienung des Straßenbahnverkehrs den nur von einem Fahrer bedienten Wagen, den sogenannten „Ein-Mann-Wagen“, einzuführen. Bisher sind eine ganze Reihe von Ermittlungen über die Wirtschaftlichkeit dieser Wagen in anderen europäischen Großstädten, u. a. von Dresden und Kopenhagen sowie auch der Betriebsergebnisse auf New Yorker Straßenbahnen angestellt worden.

Wie wir hören, ist beabsichtigt, bereits in nächster Zeit die erste Linie mit Ein-Mann-Wagen im Vorortbetriebe einzuführen. Eine an sich unrentable Straßenbahnlinie, die Strecke von Friedrichshagen Bahnhof nach dem Wasserwerke Müggelsee, die nur im Sommer einen etwas stärkeren Verkehr aufzuweisen hat, soll versuchsweise mit Ein-Mann-Wagen ausgerüstet werden, um einen wirtschaftlichen Betrieb auf der Strecke zu ergeben. Erst dann, wenn dieser Versuch als gelungen anzusehen ist, wird an eine weitere Einführung des Ein-Mann-Wagen-Systems in Berlin gedacht, vornehmlich für die Außenbezirke.

Wahrscheinlich gelingt es, auf Grund der Betriebsergebnisse auf Sireden, die mit Ein-Mann-Wagen befahren werden, einen Ausbau des Streckennetzes in den Außenbezirken wirtschaftlich zu gestalten, wobei allerdings viel davon abhängt, ob die Passagiere sich mit dem neuen System befreunden werden.

Die neuen Haltestellen.

Das Straßenschild der Hauptverkehrsstraßen Berlins erhält jetzt allmählich durch die Ausstellung der vor einiger Zeit von den Aufsichtsbehörden genehmigten 300 Reklamehaltestellen der Straßenbahn in den Abendstunden eine neue Note. In der Königsstraße, Leipziger Straße, auf dem Spittelmarkt und auf dem Leipziger Platz gelangen jetzt die ersten dieser Haltestellen zur Ausstellung. Die hell beleuchteten Aufschriften „Straßenbahn-Haltestelle“ und die beleuchtete Rückseite der Säulen sind weithin sichtbar und ohne Schwierigkeiten kann sich der Fahrgast über die beste Fahrgelegenheit nach seinem Reiseziel unterrichten.

Neue Erhöhung des Milchpreises.

Der Milchpreis ist für Berlin neu festgesetzt, d. h. wiederum erhöht worden. Die freie Milch darf künftig 8 M. pro Liter kosten, Kartennach Milch muß zu 5,60 M. pro Liter abgegeben werden. Die neuen Preise gelten vom 2. April ab. Sie sind ein notwendiges Zugeständnis an die Milchproduzenten, die mit den bisherigen Preisen nicht mehr auskommen zu können behaupten. Wahrscheinlich wird den Milchkäufern nun wieder vorgeschwindelt werden, die neue Steigerung sei eine Folge der „Zwanagswirtschaft“. In dem jetzt auf 8 M. erhöhten Preis der freien Milch stecken folgende Einzelbeiträge (in Klammern geben wir die Einzelbeiträge aus dem bisher auf 5,60 M. gehaltenen Preis der freien Milch): pro Liter Milch frei Berlin 5,48 (4,70), Zuschlag für die

Provinzmafkereien 0,14 (—), für meiereimäßige Behandlung in Berlin 0,60 (0,33), dem Handel für die Einfuhr 0,45 (0,20), für Transport innerhalb Berlins 0,53 (0,43), Kleinhandelsverdienstspanne einschließlich Umsatzsteuer 0,81 (0,55), Kammengestaltung im Stadtverkehr 0,06 (0,06), Verwaltungskosten einschließlich hygienischer Kontrolle 0,10 (0,10) M. Diese Aufstellung zeigt, was geheißert ist und was nicht. Sie widerlegt auch den Schwundel, daß die Milch durch den Verwaltungsbetrieb der Zwangswirtschaft ungebührlich verteuert werde.

Schreckenstat einer Mutter.

Ihr Kind und sich selbst erschossen.

Die furchtbare Tat einer Mutter hat sich gestern im Hause Voltumst 8 zugetragen. Als der Polizeiwachmeister Hans Pollit nach seiner Wohnung im Hause Voltumst 8 vom Dienste zurückkehrte, fand er seine Wohnung verödet. Gegen 5 1/2 Uhr erschien eine mit ihm auf einem Flur wohnende Frau und öffnete die Nordtür. Als Pollit in die Küche seiner Wohnung trat, fand er seine 27 Jahre alte Frau Ella und sein einjähriges Söhnchen tot auf. Die Frau hatte mit der Dienstpistole des Mannes ihr Kind und dann sich selbst erschossen. Der Beweggrund ist in einem schweren Recidiv der Frau zu suchen.

Ein falscher Steuererheber.

In mehreren Berliner Häusern ist von einem Betrüger versucht worden, auf Wechsel Steuerbeträge, besonders Grundsteuern, zu erheben. Der Wechsel wurde von einem großen blonden Mann präsentiert und trug die Unterschrift: Städtische Steuerdeputation: Hermann Siemens. In Berlin werden Steuern von Beamten nur noch im Zwangsbeitragsverfahren in der Wohnung des Steuerzahlers angenommen, im übrigen sind Steuern stets bar oder unbar an die zuständige Steuerkasse zu zahlen. Die Vollziehungsbeamten, die rüchständige Steuern betreiben, müssen für jeden Fall einen Vollstreckungsauftrag vorweisen und quittieren bei Zahlung auf besonderem Quittungsvordruck. Sie dürfen andere Steuerbeträge als solche, für die sie Vollstreckungsaufträge haben, überhaupt nicht annehmen. Wechsel werden beim Steuerzahlungsgeschäft nicht verwendet und nicht angenommen.

Eine Kampfansage.

12 von den 18 neugewählten Direktoren nicht bestätigt.

Das Provinzialschulkollegium hat von den 18 neugewählten Direktoren in Groß-Berlin nur 5 bestätigt, 12 abgelehnt und einen „in der Schwebe“ gelassen. Lange genug hat ja die ganze Angelegenheit „geschwätzt“, und lange genug hat das Provinzialschulkollegium auf gut Wetter für seinen „Schlag“ gewartet. Jetzt scheint es die Zeit für günstig zu halten, wo das Kultusministerium durch die Lichterfelder Affäre nach rechts hin genügend beschäftigt ist. Es sollte sich aber nicht darüber täuschen, daß die Stadt Berlin eine solche politische Entscheidung gerade jetzt nicht sammensubstanz hinnehmen wird. Die Abgelehnten sind unseres Wissens samt und sonders Angehörige sozialistischer Parteien und genügen das Vertrauen der Elternschaft an ihren jetzigen und künftigen Schulen. Die vorhandene oder fehlende Kirchenzugehörigkeit kann für eine Befestigung nicht mehr in Frage kommen, nachdem die diesbezüglichen verstaatlichten Geetze und Verordnungen durch die Reichsverfassung außer Kraft gesetzt sind (Art. 136). Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren. Darüber haben keine juristischen Tüftler hinweg. Es ist vielmehr ganz klar, daß hier wieder einmal die reaktionären Mächte in den staatlichen Behörden eine politische Machtprobe versuchen, um den unwillkommenen Kurs in der Berliner Schulverwaltung zu bremsen.

Es kommt jetzt eins zum andern, um das Maß vollzumachen: die Ablehnung der Aufbauschulen, die drohende Ablehnung der Gemeinschaftsschulen und nun die 75proz. Ablehnung der Direktoren. Die Zeit des Waußpitens in der Berliner Schulverwaltung dürfte nunmehr vorüber sein, es muß gepfiffen werden!

Von einem Einbrecher niedergeschossen wurde in der vergangenen Nacht der Oberwachmeister Friß Müller. Dieser hatte einen Einbrecher gefaßt, den er durch die Schönhafer Straße verfolgte. Der Verbrecher gab, um sich seiner Festnahme zu entziehen, fünf Schüsse auf den verfolgenden Mann ab. Eine Kugel traf den Oberwachmeister in den rechten Unterschenkel, so daß er zusammenbrach und die Verfolgung nicht mehr fortsetzen konnte. Er wurde mit einem Krankenwagen nach der Charité gebracht.

Freie Lehrgewerkschaft und Elternbeitragswahlen. In der Geschäftsitzung am 25. März der Freien Lehrgewerkschaft Deutschlands, Berlin, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, deren Mitglieder sich aus Angehörigen aller drei sozialistischen Parteien zusammensetzen, unterstützt die Bestrebungen auf das entschiedenste, die zur Verwirklichung der proletarischen Einheits- und Arbeitsschule führen und wird den gemeinschaftlichen Kampf der Sozialisten aller drei Richtungen zur Erringung einer proletarischen Mehrheit bei den bevorstehenden Elternbeitragswahlen mit allen Kräften und allen verfügbaren Mitteln zu fördern suchen.

Errichtung eines Sportplatzes in Oberschöneweide. Der Magistrat Berlin hat der Vorlage des Bezirksjugendamts Treptow betr. die Anlegung eines Sportplatzes in Oberschöneweide zugestimmt und die Kosten in Höhe von 35.000 M. bewilligt. Mit der Inangriffnahme der Arbeiten ist alsbald zu rechnen.

Der Verein für Einzelvormundschaft E. V. Berlin hielt zu Anfang März seine diesjährige Jahresversammlung ab. Aussprachen persönlicher Natur war auch im Berichtsjahre der Grundzug der erfolgreichen Tätigkeit der Vereinsmitglieder. Die Vormundschaftsberatung des Vereins an Mitgliedern und Nichtmitgliedern hat sich im Berichtsjahre wesentlich gesteigert. Die Sprechstunden finden am Montag und Donnerstag, nachmittags von 15—17 Uhr, in der Geschäftsstelle Schellingstr. 3, statt. Juristischer und pflegerischer Rat unentgeltlich. — Nächste Arbeitsgemeinschaft: Mittwoch, den 5. April, abends 6 Uhr, Zentrale für private Fürsorge, Platzwiese 4. Vortrag: Fräulein Adels Friedländer: „Gefährliche Verfolgung und Fürsorge der Kriegswaisen.“ Gäste willkommen.

Der Riesen-Dampfer „Bismarck“ auf Grund geraten. Der Dampfer „Fürst Bismarck“ ist bei Pagan sand wegen des niedrigen Wasserstandes der Elbe auf Grund geraten.

Neue Kraterbildung im Vesuv. Infolge der neuen Ausbruchstätigkeit des Vesuvus hat sich ein neuer Krater gebildet, aus dem fortwährend glühende Massen ausgeworfen werden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Frühwetter besser, jedoch überwiegend bewölkt mit wiederholten leichten Schneefällen und mäßigen nordwestlichen Winden. Temperatur um den Gefrierpunkt schwankend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Grünen-Arbeitergemeinschaft. (Programm-Kursus.) Referentin Genossin Klara Koch-Schuch. M. d. R. Morgen Donnerstag, 30. März, 7 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Sekretariats, Lindenstr. 3, 2. Hof links II.

Mit. Wilmersdorf. Heute abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Pleske, Politische Straße 60. Thema: Völkerverbund und Internationale. Referent: Kurt Wegner.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftliche Beamtzentrale.

Berlin SO. 16, Engelstr. 24 IV.

Die Gewerkschaftliche Beamtzentrale des A.G.B. und des A.F.V.-Bundes wendet sich mit einem längeren Aufruf an die Beamten und Anwärter des Reiches, der Länder und der Kommunen.

Nach einem Hinweis auf die wirtschaftliche Lage der Beamten wird es für sie als

ein Gebot der Stunde

bezeichnet, sich zu starken und geschlossenen Beamtengewerkschaften zusammenzuschließen, die Arm in Arm mit den Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Entwicklung der Beamtenschaft beeinflussen können.

„Beamte, Angestellte und Arbeiter

gehören in eine Einheitsfront,

wenn sie nicht getrennt geschlagen werden wollen. Sie müssen eine einheitliche Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik vertreten, um in allen gemeinsamen Arbeitnehmerfragen zusammenwirken zu können. Aber auch in allen besonderen Beamtensachen wird die Stoßkraft der Beamtengewerkschaften gestärkt, wenn sie sich an die in jahrzehntelanger Arbeit erworbene freigewerkschaftliche Arbeiter- und Angestelltenbewegung anlehnen.

Da der Deutsche Beamtensbund aber ein solches Zusammengehen abgelehnt hat, mußten die freien Gewerkschaften die Beamten organisieren, sich selbst zusammenschließen und die Gewerkschaftliche Beamtzentrale errichten, um die Ausbreitung des gemeinschaftlichen Gedankens unter den Beamten zu fördern. Jetzt gilt es, die noch fernstehenden Beamten auf dem raschesten Wege ebenfalls der freien Gewerkschaftsbewegung zuzuführen.

Alle freigewerkschaftlich denkenden Beamten

haben jetzt die Pflicht, sich den in der Gewerkschaftlichen Beamtzentrale zusammengeführten Verbänden anzuschließen oder, soweit freigewerkschaftliche Berufsorganisationen für sie nicht bestehen, innerhalb der Verbände des Deutschen Beamtensbundes die freigewerkschaftlichen Prinzipien zu vertreten.

Gefährlich haben die Agitatoren, die die Beamtenschaft

in das reaktionäre Lager

hineiberziehen wollen, die Mär verbreiten, die freigewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten seien Feinde des Berufsbeamten. Das Gegenteil ist die Wahrheit! Sie sind die wahren Freunde der Beamtenschaft! Allerdings nur einer Beamtenschaft, die sich nicht als Kastei im Staat konserviert, sondern die alle reaktionären Fesseln von sich abschüttelt, die um ihre Staatsbürgerrechte kämpft und, aller Tüchtigkeit und allen Fleißes abhold, die freie Bahn dem Tüchtigen erschließen sehen will.

Dem zielbewußten Willen der Gewerkschaftlichen Beamtzentrale muß und wird es möglich sein, die deutschen Beamten und Beamtensanwärter

zu einer kämpferischen Zusammenfassung,

die im öffentlichen Leben erst genannt wird. Darum muß der Beamtenschaft das jetzt von allen Seiten angelegte Koalitionsrecht gesichert werden. Auch das Streikrecht darf ihr nicht genommen werden, wenn sie sich auf diesen bewußt ist, daß ihre besondere Stellung im Staat und in der Wirtschaft ihr auch Pflichten gegen die Allgemeinheit auferlegt, so daß von diesem höchsten Kampfmittel nur Gebrauch gemacht werden darf, wenn ihre höchsten Lebensinteressen gefährdet sind. Das wird auch dann gelten, wenn reaktionäre Bestrebungen an den Grundfesten der Republik rütteln.

Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte der deutschen Republik!

Begreift die Zeichen der Zeit! Bedenkt, daß Ihr vereint mit dem gewaltigen Massenheer der organisierten Arbeiter und Angestellten eine unüberwindliche Kampffront darstellt. Folgt darum einmütig dem Aufruf der freigewerkschaftlichen Beamtzentrale und tretet ein in die ihr angeschlossenen Verbände

Aus dem Arbeitgeberlager der chemischen Industrie.

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion I, Berlin, Eichstr. 4, versandte unter dem 16. März 1922 folgenden vertraulichen Rundschreiben an seine Mitglieder:

Trotz (!) der immer unglücklicher werdenden Wirtschaftslage nehmen die Forderungen der Arbeitnehmer in steigendem Maße zu. Daher gilt es, um bei den bevorstehenden sozialen Kämpfen gerüstet zu sein, rechtzeitig das beweiskräftigste Material bereit zu haben. Wir bitten daher unsere Mitgliedsfirmen, getrennt für Angestellte und Arbeiter, uns möglichst genaue zahlenmäßige Angaben über folgende Punkte zu übermitteln:

1. Zeitverlust durch auf die Arbeitszeit angerechnete Oh-Wasch- und Badepausen.
2. Zeitverlust durch Wohnzahlungen.
3. Zeitverlust durch Urlaub.
4. Zeitverlust durch Geschäftsführung der Arbeitnehmervertretung, Freistellung einzelner Leute von Arbeit und Bezahlung arbeitsfreier Zeit (z. B. bei Teilnahme an Tarifverhandlungen und sonstigen Sitzungen usw.) für Betriebsangestellte, Arbeiter, Obleute und Vertrauenspersonen.
5. Belastung durch Lohnsteuerzahlung. Unter Punkt 4 sind die Ausgaben mit anzuführen, die gemäß § 11 unseres Reichsstatutes zu zahlen sind, also auch die Gänge zu den Finanzämtern usw.

Wir bitten, bei den zu machenden Angaben das Kalenderjahr 1921 zugrunde zu legen. Ferner bitten wir, da die Angaben für das Jahr 1921 zum Teil auf Schätzungen beruhen werden, sehr lausend Material zu sammeln, um für das Kalenderjahr 1922 genaue Ergebnisse zusammenstellen zu können.

Abgesehen davon, daß es den Unternehmern der chemischen Industrie nie besser ging als in den jetzigen Zeiten der grenzenlosen Not der Arbeiterschaft, zeigt das Rundschreiben, daß es den Unternehmern darauf ankommt, Argumente gegen Lohnforderungen zu bekommen und wo möglich die sozialen Erwerbsschichten der Arbeiter, Wochenszeit, Urlaub, Sprechstunden, Geschäftsführung des Betriebsrats usw. zu beseitigen.

Gegenüber diesen Vorbereitungen muß sich die Arbeiterschaft der chemischen Industrie zur geschlossenen Abwehr rüsten durch Stärkung ihrer Organisation.

Lohnbewegung im Malergetriebe.

Durch Haupttarifamtsentscheidung vom 22. Februar 1922 wurde der Lohn vom 15. Februar bis 15. April 1922 auf 14,50 M. pro Stunde festgelegt. Da sich aber bereits in den ersten Tagen des März herausgestellt hat, daß diese Erhöhung durch die sprunghaft eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung überholt ist, beantragte der Verband der Maler eine sofortige Revision der Löhne. Diesem Verlangen wurde vom Haupttarifamt stattgegeben und am 22. März entschieden, daß ab 1. April 1922 eine weitere Zulage für Berlin von 2 M. zu zahlen ist. Der Mindestlohn pro Stunde beträgt somit vom 1. bis 15. April für Maler über 20 Jahre 16,50 M., für die unter 20 Jahren 15,70 M. und für Anstreicher über 20 Jahre 16 M.

Ueber die nach dem 15. April 1922 notwendigerweise eintretende Lohnerhöhung finden in den ersten Tagen des April weitere Verhandlungen statt.

Zum Müllkutschereistreik.

Die Mitglieder der Expeditionsbranche des Transportarbeiterverbandes waren gestern abend veranlaßt, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar Stellung zu nehmen, über das wir bereits berichteten; weiter aber zu dem Beschlusse auf Eintritt in den Sympathiestreik. Entgegen dem Vorhoffe der Verwaltung, die Verhandlungen am Montag noch abzumachen, wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Vollversammlung der Expeditionsbranche beschließt, restlos in den Sympathiestreik einzutreten, sobald dieser von den Funktionären beschlossen wird.“ Das kann natürlich dann erst geschehen, wenn durch Abstimmung unter sämtlichen Verbandsmitgliedern in Berlin ein Streikbeschluss herbeigeführt, bzw. der vorliegende Streikbeschluss bestätigt wird.

Lohnerhöhungen in der Herrenkonfektion.

Eine gut besuchte Versammlung der Schneider und Näherinnen in der Herrenkonfektion nahm am Dienstagabend in Zoellers Festsaal den Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband entgegen, der von Kuzbach gegeben wurde. Die Verhandlungen wurden in Berlin zentral geführt. Gefordert war für Schneider ein Stundenlohn von 17 M., für Frauen 80 Prozen davon, für Zuschneider 175 M. Zuschlag wöchentlich und für Anfordarbeiter 50 Proz. Zulage auf die bestehenden Löhne. Ferner wurden Stützschläge zu den verschiedensten Positionen gefordert. Die Vertreter der Arbeitgeber waren zunächst nicht geneigt, auf die Forderungen einzugehen und wollten auch eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich festgesetzt wissen, was von der Kommission entschieden abgelehnt wurde.

Das erlangte Endergebnis der Verhandlungen für Berlin ist ein Wochenlohn von 775 M. für Schneider, 750 M. für Tagelöhner, 543 M. für Stepperrinnen, 493 M. für Handnäherinnen und 371 M. für Zuschneider. In Bezug auf die Grundlöhne hat ein Abkommen dahin stattgefunden, das zwei Serien für die Ortsgruppe Berlin I vorstellt.

Für impugnierte Mäntel ist festgelegt, daß die Bezahlung nach dem Tarif der Stoffkonfektion erfolgen soll. Als Stützschläge sind für Hofen 25 Pf. für Einzelarbeiter vereinbart worden. Die Abmachungen sollen ab 27. März gelten.

Kommission, Branchenleitung und Betriebsräte trafen für die Annahme der Neuregelung ein. Nach einer langen und lebhaften Aussprache wurden die neuen Lohnsätze von der Versammlung angenommen.

Verhandlungen über den städtischen Manteltarif.

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt hierüber mit:

Nach Beendigung der Vorarbeiten ist vom Magistrat die Verhandlungen der Parteien über den Manteltarifvertrag in vollem Umfange eingeleitet worden. Die Abänderungsvorschläge des Magistrats wurden den Gewerkschaften bereits mit der Einladung zu mündlicher Verhandlung überreicht, die am 31. März stattfinden soll. Es liegt auch im dringenden Interesse der Arbeitnehmer, diese mündliche Verhandlung über die schwebenden Fragen, die zum großen Teil bereits bei früheren Manteltarifverhandlungen gelöst worden sind, derart zu führen, daß der neue städtische Manteltarif sobald als möglich zum Abschluß kommt. In den Bestrebungen der Magistratsvertretung wird es dabei nicht fehlen. Der Magistrat verfolgt mit seinen Abänderungsvorschlägen das selbe Ziel, bei aller Wahrung wohlwollender Arbeitnehmerrechte dennoch dem Geschäftspunkt der Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe und Verwaltungen volle Geltung zu verschaffen. Für die nicht ständig Angestellten sollen die Manteltarifvertragsverhandlungen nach den Wünschen der Gewerkschaften besonders geführt werden. Mit den mündlichen Verhandlungen der Parteien über den Angestellten-Manteltarif dürfte ebenfalls in absehbarer Zeit begonnen werden.

Lohnkämpfe in Budapest. Fast in der gesamten Industrie von Budapest sind Lohnkämpfe im Gange. Holzarbeiter, Bauarbeiter, Federarbeiter u. a. m. befinden sich im Ausstand. In anderen Industriezweigen haben die Arbeiter ultimative Forderungen gestellt. Auch die christlichsozialen Organisationen, die als Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften bisher von der Regierung unterstützt worden sind, nehmen an den Kämpfen teil.

Die englische Werftarbeiterausperrung geht heute in vollem Umfange ein. Die Zahl der Ausgesperrten wird sich um etwa 350 000 Arbeiter der Werftarbeiter erhöhen. Die Unternehmer haben es abgelehnt, den Beginn der Ausperrung bis zum Abschluß der Abstimmung hinauszuschieben. Dagegen bestehen jetzt neue Aussichten auf eine Beilegung des Kampfes in der Metallindustrie. Die Verhandlungskommission der Arbeiter trifft heute mit den Unternehmern zusammen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Rodekühler der Holzarbeiter. Donnerstag 4 Uhr im Verbandshaus, Hüneggt. 30 (Arbeitslosenzentrum), Versammlung. Um mündliches Schreiben wird gebeten. Die Ortsvereine.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Versammlung aller in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Werkmänner Freitag nachm. 6 Uhr im Restaurant Brandenburg, Stralauer Str. 2. Vollständiges Erscheinen erforderlich.

Angestellte der Kauf-Verkaufsbereiche und Geldverkehrsstellen! Donnerstag nachm. 5 Uhr. Öffentliche Versammlung der obigen Berufsgruppe in der Schulgasse, Wälderstraße, Ecke Panitzstraße. Bericht über die Tarifverhandlungen. Ref.: Rolfste Sange.

Wirtschaft

Zur Lage der Textilindustrie.

Weder als andere Gewerbezweige befindet sich die Textilindustrie im Stadium einer Hochkonjunktur, die alle Merkmale der Schrumpfung trägt. Die Fabriken sind mit Aufträgen überhäuft, aber weder in der Lage, noch gewillt, über ein halbes Jahr hinaus neue Aufträge herinzunehmen. Das Risiko ist ihnen zu groß. Bei der Bewegung der Devisenkurse wissen sie nicht, welche Preise für Rohstoffe sie anzulegen haben werden. In den Hauptrohstoffen für die Textilindustrie sowohl in Baumwolle, wie in Wolle als auch in Flachs haben die Preise eine kaum gesehene Höhe erreicht. Bei amerikanischer Baumwolle liegt zu einer derartigen Preisbewegung um so weniger Anlaß vor, als die Anbaufläche für Hochbaumwolle aller Wahrscheinlichkeit nach wird vergrößert werden. Auch die Düngefrage wird dort durch Verhandlungen mit dem Kaffahndel wohl in befriedigender Weise gelöst werden. Wenn es gelingt, durch die Kollisionsfahr für unsere Textilindustrie notwendige Baumwolle herinzubekommen, so würde ein wesentlicher Schritt zur Abwehr oder doch zur Milderung der früher oder später eintretenden Krise in der Textilindustrie getan sein.

Die ersten Anzeichen des Abstieges machen sich schon bemerkbar, zwar vorerst noch verschwommen, aber sie sind da. Der Export deutscher Textilwaren nach dem Ausland beginnt nachzulassen. Einmal sperren viele Länder den deutschen Waren ihre Grenzen und dann sind unter dem Einfluß der hohen Rohstoffpreise die Fertigfabrikate so teuer geworden, daß sie vom Weltmarktpreis nur wenig entfernt sind. Mit dem Sinken des Marktpreises wird freilich die Differenz zwischen dem Preis in Mark und dem Preis in hochqualitativer Währung so vergrößert, daß der Marktpreis erheblich billiger ist. Auf der andern Seite steigen dann auch die Preise für die in fremder Währung zu zahlenden Rohstoffe. Jedenfalls ist der Anteil Englands an der Weltversorgung mit Textilwaren in den letzten Monaten wieder größer geworden. Denn nach der zuletzt veröffentlichten Statistik über die Arbeitsleistung in der Textilindustrie ist die Zahl der unbeschäftigten englischen Spindeln im Rückgang begriffen.

Merkwürdigerweise ist der Einzelhandel der einzige Teil der Textilwirtschaft, der in Voraussicht der kommenden Entwicklung sich bemüht, die Konsum- und Kaufkraft des Inlandes zu erhalten. Allerdings mit Dektors Eiferarbeiten. Er sieht voraus, daß bei der ständigen Entwertung unseres Geldes und der damit im Zusammenhang stehenden Verteuerung der Lebenshaltung die Bezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern nicht diesen gestiegenen Preisen folgen, sondern hinter ihnen herhinken. Damit wird der Teil des Einkommens, der zu anderen als unmittelbar lebensnotwendigen Dingen verwandt werden kann, immer geringer. Die Händler haben daher das Bestreben, die Preise für Textilien nicht weiter steigen zu lassen. Was nützt aber das, wenn die großen Massen ihre Bezüge für Lebensmittel ausgeben müssen und für andere Zwecke nichts übrig haben? Dann können eben die anderen Waren noch so billig sein, es fehlt doch das Geld, um sie anzuschaffen. Wo nicht hier, sondern weit tiefer muß der Hebel angelegt werden, um die Kaufkraft der großen Massen nicht noch mehr sinken zu lassen. Denn schließlich beruht auf der Kaufkraft des Inlandes das Wohl und Wehe der Volkswirtschaft. Diese ist aber abhängig von der Produktivität unserer Wirtschaft. Sie auch unter Opfern des Kapitals aufrechtzuerhalten, das ist die Aufgabe angelegentlich der Krisenzeichen, die sich leicht zu einer Abschlachtung entwickeln können. Nichts wäre dann jedenfalls verkehrter, als ohne weiteres zu Arbeiterentlassungen zu schreiten. Damit kann man nur das zurzeit verhältnismäßig geringe Heer der Arbeitslosen, also der Kaufkraftfähigen, vermehren und die Krise verschlimmern. a. h.

Erhöhung der Geldstrafen in den Versicherungsgeheimen. Dem Reichstag ist ein Entwurf zugegangen, der die Geldstrafen in der Reichsversicherungsordnung und im Angestelltenversicherungsgesetz regelt. Durch das Gesetz wird der Höchstbetrag der Geldstrafen, die in den beiden genannten Gesetzen vorgegeben sind, auf das Dreifache erhöht. Das Bedürfnis zu der Erhöhung des Höchstbetrages aus Ordnungszwecken und Zwangsstrafen begründet sich durch die Entwertung des Geldes.

Kapitalerhöhung bei Ag. u. Gen. In der Aufsichtsratsversammlung der Aktiengesellschaft Ag. u. Gen. Telefon- und Telegraphenwerke, Schöneberg, wurde der Jahresabschluss nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1921 genehmigt. Der Generalversammlung wird die Ausschüttung einer Dividende von 16 Prozent (15 Prozent im Vorjahre) vorgeschlagen. Die Verteilung bezieht sich auf den Geschäftsjahresende im laufenden Jahre als befriedigend und beantragt zur Stärkung der Betriebsmittel und für Erweiterungen die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen auf 40,2 Millionen mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1922. Die jungen Aktien werden den alten Aktionären im Verhältnis von 5 zu 3 zum Kurse von 250 Prozent angeboten. Außerdem sollen zur Abwehr der Ueberfremdungsgefahr 6 Millionen Mark Prozentige Vorzugsaktien mit sechsprozentigem Stimmrecht geschaffen werden.

Vertretung deutscher Arbeit in Moskau. Der Deutsch-Russische Verein zur Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, der schon vor dem Kriege seit 1901 eine händige Vertretung in Moskau besaß, hat jetzt wieder eine Geschäftsstelle in Moskau eingerichtet. Sie befindet sich Miasnitskaja Nr. 1 (Ede Furkossowstr.). Dorthin zu richtende Briefe müssen vorläufig noch über die Zentrale in Berlin, S.B. 11, Halleische Str. 1 geleitet werden.

Beckenim. Nr. den redakt. Teil: Franz Kille, Berlin-Lichterfeld für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin, Verlag Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin, Grunewald-Bezirksteil u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Gurkofix
feinst. Gurkensalat
Ueberall erhältlich!
Carl Timmer, u. Konservinfabrik
Berlin, Buechlingstr. 6

Seilerwagen
u. allen ler. Transportgeräten liefert
billigst.
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Copenicker Str. 71
König-Ladenzeich

Walthorius Hentong - Essen
Kölnstr. 12 Pl. M. 26, bel 24 Pl. M. 100 franko und
inkl. Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Herst.
Laboratorium E. Walthorius, Halle a. S. - Trotha 143

Zähne von 8 M. Teilzahlung. 5 J. Gur. Kronen
an 18 M. Zahn m. Einspr. 2
schmerzlos. Umarr. schlechteste. Geb. Rep. 80 L.
Zahnarzt Dr. Wolf, Potsd. Str. 85, Hochb.-St. Spr. 9-7

Korbmöbel
kauft Sie am vorteilhaftesten dir. o. Hersteller

A. Sesdan
Werkstätten für feine
Korbmöbel.
Perlestr. Neukölln 1750
Ausstell. u. Verkauf nur
Neuk.-Anzenerstr. 2

Qualitäts-Raucher!
der Schweizer Emil Vollmer, Basel-Lorraine
Gute Qualitäten von 80 Pf. an
Erhältlich in den Zigarren-Spezialgeschäften
Telephon: Amt Rheingau 1990. Varzler Str. 2

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller
biete ich in Qualität
und Preisen einzig da-
stehende

Trauringe

1 Ring, Gelbrotgold, von 250,- an
1 Ring, 585 gestempelt, von 200,- an
1 Ring, 333 gestempelt, von 100,- an

Garantierschein für gasdichten Goldinhalt.
Ausführlicher Katalog nach anwärts gegen Rückporto.

H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo
Telephon: Norden 1030. — Handelsgerichtlich eingetragen Firma.

Im Dienste der Entente

an den deutschen
Volkes Verderben
militärisch
die neue Schrift von
Wilhelm Keil
M. d. R.

Ein französischer
Geheimbericht

Preis 3 Mark

Droh- u. VORWARTS
SWAG, Lindenstr. 2

Korsette
aus la Stoffen u. in all. Preislagen
empfehlen

Korsett-Fabrik Rich. Hecke
1. Gesch. Berl.-Karlshorst, Treßow-A-102 99
2. B.-Lichtenegg, Neue Bahnhofstr. 36

Berlin, Kommandantenstr. 23
12182 Hecke Alte Jakobstraße

Wichtig für alle u. besond. heute!!!
Lust der Familie u. die Vorliebe für das
Nier durch den Rückzug einer Lebensverf.
Bleiben Sie daher unerschrocken Ihre Waise an
Karlsruher Lebensversicherung a. G.
Hauptverwaltung Groß-Berlin
Berlin W. 30, Gieselerstraße 6 r